

An geistlicher Potenz kann es nicht gefehlt haben. Woran lag die Unfruchtbarkeit dieses frei organisierten „Nachkonzils“? Die Frage ist von allgemeinem Interesse. Zum Dialog müssen beide Seiten wohlgerüstet sein, eine Brücke trägt nur, wenn bereits auf beiden Seiten des Flusses die Pfeiler gebaut wurden. Marty fragt daher unbefangen, welchen Anteil die Protestanten beim Weiterreiben der Diskussion um die Fortentwicklung des Konzils übernehmen könnten, und schreibt: „Während die Katholiken grüne Weide auf unserer Seite des Zaunes zu sehen meinen, neigen wir Protestanten dazu, sie auf der anderen Seite zu sehen (wir sind tatsächlich in Verlegenheit!).“ Aber Albert Outler aus Dalles, ehemaliger Konzilsbeobachter, meinte, in einem Augenblick der großen Chancen sei „die protestantische Theologie nahe dem Chaos“. Sie habe Titanen gestürzt und drehe sich (in den USA) um die Frage, ob Gott wirklich tot ist, um die säkulare Gesellschaft und die Krise der Moral. Marty schließt seinen Bericht mit der Feststellung: „Die Konferenz von Notre Dame tat uns den Dienst, die Reichweite und die Großartigkeit der Konzilsergebnisse zu zeigen, aber auch, wie arg vorgestrich das Konzil angefangen hat zu wirken.“ So subjektiv diese Meinung sein mag, eines ist von Bedeutung: das Konzil ist in Amerika brennend gefragt, und die kirchliche Öffentlichkeit der USA scheut keine Umstände und Kosten, um beim Thema zu bleiben. Die große Erwartung, der geistige Aufbruch, ist die beherrschende und verpflichtende Tatsache.

Die kleinen Schritte

Sie kommt auch in bescheidenen Fakten zum Ausdruck. Am 18. April 1966 wurde in New York zwischen dem „Nationalrat der Kirchen Christi in den USA“ und der katholischen Bischofskommission für ökumenische Angelegenheiten in den USA ein 36köpfiger ständiger Arbeitsausschuß gebildet. Den Vorsitz führen gemeinsam der katholische Bischof John H. Carberry (Columbus/Ohio) und der Generalsekretär der ökumenischen Kommission der Vereinigten Presbyterianer (zu denen Eugene Carson Blake, der neue Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, gehört), Rev. John C. Smith. Die römisch-katholische Bischofskommission für ökumenische Angelegenheiten hat indessen eine Broschüre mit Richtlinien zur Förderung der christlichen Einheit herausgegeben. In dieser Broschüre sind auch die Vorschläge des reformierten Konzilsbeobachters McAfee Brown wörtlich enthalten (vgl. das Buch „Wohnzimmer-Dialoge“ in: Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 131).

Auf diesem Hintergrund hat eine nüchterne Rede des scheidenden Generalsekretärs Visser 't Hooft vom 29. April 1966 vor der Jahreskonferenz der amerikanischen Mitgliedskirchen des Weltrates der Kirchen in Buck Hill besondere Bedeutung. In seinem Überblick über die gegenwärtige ökumenische Lage erinnerte er daran, daß viele Hoffnungen der ökumenischen Pioniere noch nicht verwirklicht worden seien. Das Ziel der ökumenischen Bewegung sei nicht die Einheit einer Institution, sondern Einheit in voller Kommunion. Als Leitbild bezeichnete er die Kirche der ersten Jahrhunderte. Damit hat er die lange propagierte Parole von Faith and Order von der „organischen Einheit“ zurückgeschraubt. Das ist auch für den Dialog mit Rom und das Bemühen um die Wiederherstellung der kirchlichen Einheit der gespaltenen Christenheit zu beachten.

Er nahm dann Stellung zu der „beachtlichen Beschleunigung“ der Entwicklung der Beziehungen zwischen römisch-katholischen und anderen Christen, warnte aber vor voreiligen „optimistischen und pessimistischen Prohezeierungen“. Die Kirchen müßten von einer „neutralen Koexistenz“ zu einer „positiven Proexistenz“ füreinander gelangen und den geistlichen Einfluß akzeptieren, den sie bereits aufeinander ausüben. Mit Nachdruck unterstrich Visser 't Hooft, der Weltrat der Kirchen dürfe nicht über dem „neuen Interesse an dem Dialog mit Rom“ die unmittelbarere Aufgabe vernachlässigen, eine „Brücke der Verständigung“ zwischen den der ökumenischen Bewegung verpflichteten Christen und den konservativen Evangelikalen zu bauen, die „die ökumenische Bewegung für eine gefährliche Entwicklung und für eine Gefährdung der Integrität und der Reinheit des evangelischen Glaubens halten“. Gemeint waren die fundamentalistisch eingestellten Freikirchen, die dem Weltrat teils Modernismus teils Romfreudigkeit vorwerfen.

Aus der jüdischen Welt

Nochmals: Wer ist Jude?

Das israelische Innenministerium, das fast traditionell in der Hand der Nationalreligiösen Partei ist, hat in dem Streit über die Bezeichnung „Jude“ und über die Anwendung des Heimkehrgesetzes (vgl. Herder-Korrespondenz 19. Jhg., S. 462), welches allen jüdischen Einwanderern in Israel die israelische Staatsbürgerschaft zuerkennt, in zwei wichtigen Fällen nachgegeben, um eine gerichtliche Entscheidung zu vermeiden.

Im Falle Rina Eitani, der sozialdemokratischen Abgeordneten von Nazareth (vgl. Herder-Korrespondenz 19. Jhg., S. 462), die als Tochter eines jüdischen Vaters und einer christlichen Mutter religionsgesetzlich nicht als Jüdin gelten kann, die aber ganz eindeutig der jüdischen Schicksalsgemeinschaft angehörte, war eine *order nisi* ergangen, in der das Innenministerium aufgefordert wurde, vor dem Obersten Gerichtshof darzulegen, warum Frau Eitani im Sinne des Heimkehrgesetzes nicht als Jüdin anzusehen sei (mit der Folge, daß sie die automatisch erworbene israelische Staatsbürgerschaft verlieren würde). Aus der Furcht, daß eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes weitere und ähnliche Fälle präjudizieren könnte, hat das Innenministerium den Fall lange hinausgezögert und schließlich Frau Eitani die israelische Staatsbürgerschaft zugestanden, wie sie sie durch das Heimkehrgesetz erworben hatte, und zwar mit der Begründung, daß es unbillig und gesetzlich unzulässig sei, ein einmal gewährtes Recht wieder zu entziehen. Ob diese Entscheidung rechtlich haltbar ist, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist es der Nationalreligiösen Partei gelungen, diesen kritischen Fall ohne gerichtliche Entscheidung beizulegen.

In einem weiteren Fall, bei der Tochter einer konfessionslosen Mutter und eines jüdischen Vaters, hob das Ministerium einen früheren Beschluß auf und gewährte den Eintrag „Jüdin“ in der Identitätskarte, um eine gerichtliche Entscheidung zu vermeiden.

Allem Anschein nach sind die orthodoxen Politiker nun gewillt, den Terminus „Jude“ im Sinne des Gesetzes etwas weitherziger auszulegen, nachdem sich erwiesen

hat, daß das Oberste Gericht der religionsgesetzlichen Auslegung dieses Terminus nicht in jeder Hinsicht zustimmen wird, besonders dann nicht, wenn die Betroffenen der jüdischen Schicksalsgemeinschaft angehören und sich zu keiner anderen (wenn auch nicht zur jüdischen) Religion bekennen (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 230).

Aus der islamischen Welt

Islam und arabischer Sozialismus

Während der letzten Monate mehrten sich die Nachrichten aus dem arabischen Raum, denen zufolge eine muslimische Reaktion auf den „arabischen Sozialismus“ (gleich welcher Prägung) zu beobachten sei. Diese religiöse Reaktion kam für viele Beobachter nicht weniger überraschend als die relative Widerspruchslosigkeit, mit der die religiösen Kreise im arabischen Orient die neutralistisch-prosovjetiche Außenpolitik und die in manchen Zügen „laizistisch“ und „sozialistisch“ orientierte Innenpolitik in den arabischen Staaten hingenommen haben. Es verhält sich allerdings so, daß die meisten der arabischen Staaten, im besonderen aber die sozialistisch orientierten, autoritär regiert werden, so daß eine freie Willens- und Meinungsäußerung, die gegen das jeweilige Regime gerichtet wäre, kaum möglich ist. In der Folge treten die Gegenkräfte erst bei gewaltsamen Auseinandersetzungen hervor. Eine befriedigende Wertung der gegenwärtigen Vorgänge im Nahen Osten ist daher auch jetzt noch nicht möglich. In großen Zügen sind aber zwei Bewegungen zu beobachten, nämlich eine Bewegung in der zwischenstaatlichen Politik, die zeitweise zu einer erneuten Blockbildung zu führen schien, und eine eher klandestine Bewegung in den arabisch-sozialistischen Staaten selber, die vom Klerus und der religiösen Bevölkerung getragen wird. Dabei ist es selbstverständlich nur schwer auszumachen, wieweit es sich hier jeweils um weltanschauliche Auseinandersetzungen handelt, die sich in der politischen Auseinandersetzung manifestieren, und wieweit es sich um machtpolitische Auseinandersetzungen auf internationaler Ebene handelt.

Neue Konstellationen

Die zwischenstaatliche Auseinandersetzung im arabischen Raum wird von den gegenwärtigen Macht- und Spannungsverhältnissen bestimmt. Hierbei sind zwei Richtungen zu unterscheiden: der ägyptische Expansionsversuch auf der arabischen Halbinsel, der durch den Yemenkrieg zum Stillstand kam, der ägyptische Expansionsversuch im arabischen Osten, der durch die Sezession Syriens (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 577 ff.) blockiert wurde, und die faktische Undurchführbarkeit der ägyptisch-irakischen Union, solange die irakischen Kräfte im Kurdenkrieg gebunden sind (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 578). Der politische Einfluß Ägyptens im Westen wurde durch den Sturz Ben Bellas in Algerien vereitelt, und das ägyptische Engagement in Zentralafrika wurde durch die Intervention der Vereinigten Staaten neutralisiert. Diese Konstellation, die Bindung der Kräfte der arabisch-sozialistischen Staaten in den nahöstlichen Konflikten, die innenpolitische Instabilität in Syrien und im Irak und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ägyptens schufen die Voraussetzungen einer politischen Gegenbewegung seitens Saudi-Arabiens, welches mehr noch als Jordanien als eine „rückständige,

reaktionäre Monarchie“ von Ägypten her bedroht war, um so mehr, als die saudische Intervention im Yemen die eigentliche Ursache der außenpolitischen Niederlage Nassers ist.

Die Gegenbewegung äußerte sich zunächst darin, daß König Faisal im Winter dieses Jahres die muslimischen Staaten auf der Basis des gemeinsamen Glaubens näherzubringen versuchte. Diese sicherlich ehrliche Bemühung der gemeinsamen Religion seitens des saudischen Monarchen, der den Islam immer noch über den ‚arabischen Nationalismus‘ setzt, ist zwar nicht neu, scheint aber erst jetzt zu einem Erfolg zu führen. König Faisal begab sich zu einem Freundschaftsbesuch nach Persien, einem nicht-arabischen und zudem noch häretischen muslimischen Staat, der seit Jahren von nasseristischer Subversion bedroht wird.

Schlüsselstellung Saudi-Arabiens

Dieser Besuch demonstrierte die neue Schlüsselstellung der beiden Staaten: Persien kontrolliert den Kurdenaufstand im Irak, denn die irakischen Kurden können nur von Persien oder der Türkei her versorgt werden, Saudi-Arabien wiederum kontrolliert den royalistischen Yemen. Daß auch die yemenitischen Royalisten Schiiten sind, war dabei wohl nebensächlich. Dem Besuch in Persien folgte am 26. Januar 1966 ein Besuch in Jordanien, bei dem wiederum die muslimischen Belange sehr viel stärker betont wurden als die arabischen. Im März besuchte König Faisal Khartum, wo er sehr herzlich empfangen wurde, im April Pakistan. Diese Staatsbesuche sollten auch der Vorbereitung eines „muslimischen Kongresses“ in Mekka dienen, der von manchen Kommentatoren als ein Pendant zum Vatikanischen Konzil gedeutet wurde.

Die allgemein vermutete islamische Entente kam dabei allerdings nicht zustande. Aber König Faisal erklärte, daß der Islam die Muslimen ohnehin mehr und tiefer binde, als dies ein politisches Bündnis könnte. Faisal ist damit wohl ein entscheidender außenpolitischer Fortschritt gelungen: Er konnte die Grenzen der arabischen Politik überspringen und einen nichtarabischen muslimischen Staat in das Kräfteverhältnis einbeziehen.

Die Bemühungen Saudi-Arabiens, denen Jordanien, wenn auch nur zögernd, folgt, fanden schließlich in Form großzügiger amerikanischer Waffenlieferungen, welche nur den Zweck haben können, einen eventuellen Angreifer zu entmutigen, ihre Anerkennung. Die Reaktion bei den arabischen Nationalisten oder Sozialisten war zwar heftig — manche forderten entschiedene Maßnahmen gegen dieses ‚Komplott‘ —, für arabische Verhältnisse aber doch maßvoll. Offenbar wollte man keinen neuen Bruch wie etwa zur Zeit des Bagdadpaktes provozieren.

Mit diesem politischen Erfolg König Faisals und zugleich mit dem Machtverlust Nassers bahnte sich auch eine „ideologische“ Offensive der muslimischen Kräfte an. Dabei ist es nun keineswegs so, als sei diese Gegenbewegung neu. Schon König Saud hat, wann immer es opportun schien, die muslimische Geistlichkeit und die Pilger, welche Mekka aufsuchten, gegen den arabischen Sozialismus zu mobilisieren versucht (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 502). Vielmehr ist es so, daß die Entwicklung in den letzten zwölf Monaten einen Wendepunkt erreichte, so daß die Opposition zugleich mit den möglichen Aussichten auf Erfolg wuchs und Gestalt annahm. Die günstige Finanzlage Saudi-Arabiens gestattete zudem eine reiche Ausschüttung an jene, die bereit waren, den geistigen Widerstand zu tragen.